43. 1. Ist die Eigenschaft eines Kaufmannes daran geknüpft, daß der betreffende die bezüglichen Handelsgeschäfte als seinen ausschließlichen oder als seinen Hauptberuf betreibt?

2. Umfaßt die Bestimmung des Art. 10 H.G.B.'s „Personen, deren Gewerbe nicht über den Umfang des Handwerksbetriebes hinausgeht“ auch solche Personen, welche nicht Handwerker sind, bezw. soweit sie es nicht sind?

3. Kann der Irrtum des wegen einfachen Bankerottes Angeklagten über die rechtliche Beschaffenheit des von ihm betriebenen Geschäftes und über die davon handelsgesetzlich abhängige Verpflichtung zur Führung von Handelsbüchern und Bilanzziehung einen Strafausschließungsgrund bilden?

H.G.B. Artt. 4. 10. 28. 29. 271.

R.D. §. 210 Nr. 2. 3.

St.G.B. §. 59.

Vgl. Bd. 5 Nr. 142.

I. Straffenat. Art. v. 8. Februar 1883 g. H. Rep. 3157/82.

I. Landgericht Freiburg.

Aus den Gründen:

Dem angefochtenen, den F. H. von der Anklage des einfachen Bankerottes freisprechenden, Urteile liegt Rechtsirrtum zu Grunde.

1. Zunächst schließen die in dem Urteile enthaltenen tatsächlichen Annahmen die Eigenschaft des Angeklagten als Kaufmann nicht aus. Nach Art. 4 H.G.B.'s ist als Kaufmann anzusehen, wer gewerbmäßig Handelsgeschäfte betreibt. Als Handelsgeschäfte erscheinen unter anderen nach Art. 271 Ziff. 1 H.G.B.'s der Kauf oder die anderweite Anschaffung von Waren oder anderen beweglichen Sachen, um dieselben weiter zu veräußern, und zwar ohne Unterschied, ob die Waren oder anderen beweglichen Sachen in Natur oder nach einer Bearbeitung oder Verarbeitung weiter veräußert werden sollen. Inhaltlich des angefochtenen Urteiles hat nun der Angeklagte Uhren angekauft und solche weiter veräußert (womit das urteilende Gericht nach dem ganzen Zusammenhang der Entscheidungsgründe sagen wollte, daß der Ankauf der Uhren geschehen, um solche weiter zu veräußern). Damit ist die Voraussetzung von Art. 271 Ziff. 1 H.G.B.'s gegeben. Sodann ist

der Begriff des gewerbsmäßigen Betriebes der in dem Kaufe der Uhren behufs der Weiterveräußerung derselben liegenden Handelsgeschäfte nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Hauptberuf des Angeklagten derjenige „eines Uhrmachers“ war, und er „nur zur größeren Einträglichmachung desselben“ Uhren ankaufte und wieder veräußerte. Das Gesetz hat die Eigenschaft eines Kaufmannes im Sinne des Art. 4 H.G.B.'s nicht daran geknüpft, daß der betreffende die bezüglichlichen Handelsgeschäfte als seinen ausschließlichen oder als seinen Hauptberuf betreibe, sondern nur daran, daß er sie gewerbsmäßig betreibe. Unter diesen Begriff kann aber auch jener behufs der Weiterveräußerung erfolgte Ankauf von Uhren fallen, da hierin nach der Sachlage eine regelmäßige Einkommensquelle liegen sollte.

2. Wenn nach dem gesagten der in den Entscheidungsgründen des angefochtenen Urtheiles erwähnte Ankauf und Verkauf die Eigenschaft eines Kaufmannes im Sinne des Art. 4 H.G.B.'s begründen kann, so ist für die Frage, ob der Angeklagte in dieser Beziehung zur Führung von Büchern und Ziehung von Bilanzen verpflichtet war, weiter zu erörtern, ob er in dieser Hinsicht etwa zu den, von der Verpflichtung zur Führung von Handelsbüchern und Ziehung von Bilanzen befreiten, s. g. Minderkaufleuten, nämlich zu den in Art. 10 H.G.B.'s aufgezählten Personen gehört. Soweit die Entscheidungsgründe überhaupt eine tatsächliche Feststellung enthalten, ist die Unterordnung des Angeklagten bezüglich jenes Ankaufes und Verkaufes von Uhren unter eine der in Art. 10 H.G.B.'s bezeichneten Kategorien nicht zu entnehmen. Insbesondere würde — auch wenn tatsächlich festgestellt wäre, daß der Umsatz des Angeklagten hinsichtlich jener Uhren nur als ein solcher von unbedeutendem Umfange erscheint — ein unbedeutender Umfang der von dem Angeklagten hinsichtlich des Ankaufes von Uhren behufs der Weiterveräußerung derselben betriebenen Handelsgeschäfte ihn nicht unter die Kategorie der „Personen, deren Gewerbe nicht über den Umfang des Handwerksbetriebes hinausgeht“ stellen, da der Angeklagte bezüglich dieses behufs der Weiterveräußerung erfolgten Ankaufes ein Handwerker nicht ist und es in dieser Hinsicht auch nicht durch den Umstand wird, daß er nach dem Verkaufe (oder etwa auch vor einem solchen) noch deren „Abzug“ oder Regulierung besorgte und etwaige Reparaturen daran während der Garantiezeit unentgeltlich vornahm.

3. Rechtsirrtümlich ist auch die Ansicht des urteilenden Gerichtes, es komme dem Angeklagten deshalb, weil er „nicht gewußt habe, daß er im technischen Sinne Kaufmann war“, §. 59 St.G.B.'s zu statten. Zwar kann §. 59 St.G.B.'s auch eine solche Unkenntnis umfassen, die aus Unkunde oder irriger Auslegung von Gesetzen oder unrichtiger Beurteilung rechtlicher Verhältnisse entspringt; allein §. 59 umfaßt nicht einen solchen Rechtsirrtum, welcher sich auf das Strafgesetz selbst und dessen unmittelbare rechtliche Grundlage bezieht. Es kann daher, wie bereits das Reichsgericht ausgesprochen,

vgl. Entsch. d. R.G.'s in Straff. Bd. 5 S. 407/9,

die Unkenntnis oder irrige Auslegung der vom Strafgesetze vorausgesetzten objektiv handelsgesetzlichen Verpflichtungen die Strafbarkeit aus §. 210 Nr. 2 und 3 R.D. nicht aufheben. Die Entscheidungsgründe des urteilenden Gerichtes lassen aber nur erkennen, daß der Angeklagte bezüglich der rechtlichen Unterordnung seiner Thätigkeit, bezw. eines Teiles derselben, unter den Rechtsbegriff eines Kaufmannes, bezw. Vollkaufmannes, damit über die Auslegung des Handelsgesetzbuches hinsichtlich des Begriffes eines Kaufmannes, bezw. Vollkaufmannes, und der darin geregelten Verpflichtung zur Führung von Handelsbüchern und Ziehung von Bilanzen und hiernach über Sinn und Umfang der rechtlichen Bestimmungen des §. 210 Nr. 2 und 3 R.D. in Unkenntnis sich befunden habe.